

II-980 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 604 1J

1991 -02- 2 8

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Dolinschek
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Förderungsbericht

Gemäß Art.52 B-VG ist der Nationalrat dazu befugt, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen. Diese für die Kontrolle notwendigen Auskünfte sind durch die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen, aber auch durch eigene Berichte möglich.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales hat anlässlich der Beschlußfassung über die Änderung des Beihilfenverlängerungsgesetzes am 31. Jänner 1991 zugesagt, die von der Erst-anfragestellerin geforderte Liste über die im Jahr 1990 gemäß § 39a AMFG geförderten Betriebe zur Verfügung zu stellen, nachdem er sich im Ausschuß vorerst geweigert hatte, diese für die Abstimmung über derartige Förderungen entscheidende Information weiterzugeben.

Die unterzeichneten Abgeordneten halten es - abgesehen von dem konkreten Anlaßfall - für unbedingt notwendig, daß das Parlament über die Verwendung der öffentlichen Gelder zumindest im Nachhinein ausreichend informiert wird, um die Vollziehung durch die Bundesregierung hinlänglich kontrollieren zu können. Sie treten deshalb dafür ein, den vom Bundesministerium für Finanzen jährlich erstellten Förderungsbericht um die notwendigen Angaben über den konkreten Zweck und Empfänger jeder Förderung nach § 39 a AMFG zu ergänzen. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß schon die Förderungsberichte der XVI. GP im Vergleich zu

den nachfolgenden Exemplaren eine wesentlich höhere Informationsdichte aufgewiesen haben.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie - wie zugesagt - vollständige Informationen darüber zur Verfügung stellen, welche Betriebe mit welchen Mitteln gem. § 39 a AMFG im Jahr 1990 gefördert wurden und welche konkreten Erfolge in jedem Einzelfall damit erzielt werden konnten?
- 2) Werden Sie dem Bundesminister für Finanzen in Hinkunft ebenso umfassende Informationen für die Erstellung des jährlichen Förderungsberichtes zur Verfügung stellen?